

# Sächsisches Elbzeitung

Tageblatt für die

Enthält die amtlichen Bekanntmachungen für den Stadtrat, das Amtsgericht, das Hauptpostamt Bad Schandau und das Finanzamt Sebnitz. — Verkaufsstelle: Stadtbau Bad Schandau Nr. 12. — Postfachkonto: Dresden 33327. Fernspr.: Bad Schandau Nr. 22. — Drahtanschrift: Elbzeitung Bad Schandau.

Erscheint täglich nachmittags 5 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. Bezugspreis: frei Haus monatlich 1,85 RM. (einschl. Trägersgeld), für Selbstabholer monatlich 1,65 RM., durch die Post 2,00 RM. zuzügl. Postgeld. — Einzelnummer 10, mit Illustrierer 15 Pfg. — Bei Produktionsveränderungen, Erhöhungen der Löhne und Materialpreise behalten wir uns das Recht der Nachforderung vor.



Sächsische Schweiz

Tageszeitung für die Landgemeinden Altendorf, Kleingiechhübel, Kleinheimersdorf, Krippen, Lichtenhain, Mittelndorf, Nitrau, Porschtzdorf, Postelwitz, Proffen, Rathmannsdorf, Reinhardtisdorf, Schmiffa, Schöna, Waltersdorf, Wendischfähre, sowie für das Gesamtgebiet der Sächsischen Schweiz.

Druck und Verlag: Sächsische Elbzeitung Alma Siele, Inh. Walter Siele. Verantwortlich: Walter Siele.

Anzeigenpreis (in RM.): Die 7gespaltene 35 mm breite Zeile 20 Pfg., für auswärtige Auftraggeber 25 Pfg., 85 mm breite Reklamezeile 80 Pfg. Tabellarischer Satz nach besonderem Tarif. Bei Wiederholungen wird entsprechender Rabatt gewährt. Anzeigenannahme für in- und ausländische Zeitungen.

**Ständige Wochenbeilagen:** „Unterhaltung und Wissen“, „Das Unterhaltungsblatt“, „Das Leben im Bild“

Nichterscheinen einzelner Nummern infolge höherer Gewalt, Streik, Aussperrung, Betriebsstörung berechtigt nicht zur Bezugspreisföhrung oder zum Anspruch auf Lieferung der Zeitung

Nr. 182

Bad Schandau, Freitag, den 5. August 1932

76. Jahrgang

## Deutsche Jugendberziehung.

Zum jüngsten Erlaß des Reichsinnenministers.  
Von Professor Dr. Gerhard Budde.

Der Reichsminister des Innern hat kürzlich an die Unterrichtsminister der Länder ein Schreiben gerichtet, in dem er auf die Bedeutung der Jugendberziehung für die Wiederaufbauarbeit hinweist.

Der Minister verlangt für die heranwachsende Jugend eine Erziehung zu Volk und Staat auf der Grundlage des Christentums. Er betont in seinem Schreiben, daß die Erziehung zur Staatsgefönnung und zum Volksbürgertum ihre stärkste innere Kraft aus den Wahrheiten des Christentums empfangt; deshalb müsse die freie Entfaltung der christlichen Schule und die christliche Erziehung aller gesichert werden. Auf dieser Grundlage soll der deutsche Mensch gebildet werden, der die wichtigste Vorbedingung für eine nationale Wiedergeburt ist. So soll zu dem religiösen Erziehungsziel ein nationales hinzukommen. Dem ist unbedingt zuzustimmen. Aber es ist dabei darauf hinzuweisen, daß wir das nationale Ziel nur dann erreichen werden, wenn wir in allen Schulen, auch in allen höheren Schulen, zur eigentlichen Grundlage der Bildung die deutsche Sprache und Kultur machen und ihr in den Unterrichtsplänen die fremden Sprachen und Kulturen unterordnen; das gilt auch von der antiken Kultur, deren hohe Bedeutung nach wie vor anerkannt werden und die in den höheren Schulen Pflege finden muß, die aber nicht mehr die eigentliche Grundlage unserer Jugendberziehung sein darf. Darauf hat schon in den fiebziger Jahren des vorigen Jahrhunderts besonders Niebische hingewiesen. Nach ihm können wir nur mit Hilfe der deutschen Sprache und Literatur zu einer wahrhaft klassischen Bildung gelangen. „Jede sogenannte klassische Bildung“, sagt er, „hat nur einen gesunden und natürlichen Ausgangspunkt, die künstlerisch ernste und strenge Gewöhnung im Gebrauch der Muttersprache. Ohne diese gibt es keine wahrhaft klassische Bildung.“ Nur mit Hilfe unserer deutschen Klassiker können wir seiner Meinung nach die Jugend auch wirklich in den griechischen Geist einföhren. Den gleichen Standpunkt vertritt der bekannte Berliner Philosoph und Pädagoge Eduard Spranger in seinem bedeutsamen Werk „W. v. Humboldt und die Humanitätsidee“. Er bemerkt dort, daß auch wir noch gern zu den Meisterwerken der Griechen zurückkehren werden, daß aber ihre Kunst uns nicht mehr allein zur Lebensdeuterin werden, daß uns vielmehr nur eine solche Kunst wahrhaft befreien, erlösen und über uns selbst hinausföhren kann, die von den Problemen unseres eigenen Lebens genährt ist. Deshalb kann als erste Quelle unserer letzten Bildung nie und nimmer das Altertum angesehen werden, sondern allein die deutsche klassische Literatur und der deutsche Idealismus, in dem die Form liegt, die der deutsche Geist annehmen kann. „Hier also“, heißt es bei Spranger, „liegt die Wurzel unserer Humanität, und die griechisch-römische Welt kann gleichsam nur als ein Anhängel dieser Zeit angesehen werden.“

Dem religiösen und dem nationalen Bildungsziel muß sich dann noch ein soziales anschließen. Dieses meint offenbar der Ministererlaß, wenn er von „Erziehung zum Volksbürgertum“ redet. Dieses Ziel enthält die Forderung, dem Klassengeist und dem Klassenkampf entgegenzuwirken, der unser Volkstleben zerreißt, und dadurch auf eine wahre Volksgemeinschaft hinzuwirken, die ja auch ein Hauptziel der großen deutschen Freiheitsbewegung der Gegenwart ist.

Wenn so die Jugendberziehung christliche, nationale und soziale Erziehung in sich vereinigt, dann ist sie auf dem richtigen Wege zum deutschen Menschen, den der Ministererlaß anstrebt.

Auch läßt dieser Erlaß die Ueberzeugung erkennen, daß dieses Ziel nur erreicht werden kann, wenn zwischen Erzieher und Zögling wieder das richtige Verhältnis hergestellt wird, das unter dem Einfluß einer in den Bahnen von Ellen Key — Jahrhundert des Kindes — wandelnden modernen Pädagogik vielfach verschoben war. Diese Pädagogik predigte die freie Selbstentfaltung der Kinder und wollte aus der Erziehung den Gehorsam ausschneiden. Die Auswirkungen solcher Lehren müssen notwendig zu einer Entartung und Verweichlichung der Jugend föhren. Die Unmündigen bedürfen der Föhrung durch Mündige; das ist und bleibt eine Erziehungstatsache, die niemand ungefragt mißachtet.

Das ist aber in den letzten Jahrzehnten manchmal vergessen worden. Ich denke dabei u. a. an die ins Leben gerufenen Schulgemeinden und Schölererräte, die zuweilen so eingerichtet waren, daß durch sie die Möglichkeit gegeben wurde, die Lehrer durch eine Schölermehrheit zu überstimmen, wodurch sie zur Einwilligung in Maßnahmen gezwungen werden konnten, denen sie ihre innerliche Zustimmung versagen zu müssen glaubten. Damit werden noch Unmündigen Befugnisse zugesprochen, die ihnen nicht zukommen.

Mit dieser Verwerfung einer auf die Spitze getriebenen Freiheitspädagogik soll nun aber nicht der polizistischer Zwangs- und Drillberziehung das Wort geredet werden, die im vorigen Jahrhundert in den Schulen geherrscht und viel Anheil angerichtet hat. Die Erziehung zum Gehorsam muß ein Programmpunkt jeder Pädagogik sein und bleiben, und eine Freiheitspädagogik, die ihn bekämpft, ist zurückzuweisen. Aber nicht minder zu verwerfen ist die bloße Drill- und

Zwangserziehung einer Autoritätspädagogik, die von den Zöglingen immer und überall einen blinden Sklavengehorsam verlangt und mit tausend Geboten und Verboten das Gebiet des Erlaubten genau absteckt und mit tyrannischer Strenge straft, wenn ein Schöler auch nur ein wenig von dem vorgeschriebenen Wege abirrt. Dieser extremen Gehorsams-erziehung verdanken wir die übliche Schöllüge und den üblichen Schulbetrug, die für die Charakterentwicklung doch weit gefährlicher sind als manche zu meinen scheinen. Diese Erziehung ist eine Pädagogik des Mißtrauens; eine solche Pädagogik muß von vornherein versagen; denn wo Mißtrauen herrscht, kann von einer wirklich erzieherischen, von einer sittlichen Einwirkung keine Rede sein; diese wird vielmehr nur da wirksam erfolgen, wo ein persönliches Vertrauensverhältnis Lehrer und Schöler verbindet.

Es wird in dem Ministerialerlaß ausdrücklich gesagt, daß

natürlich die durch die Jugendpsychologie gewonnenen Einsichten und die neuen methodischen Erkenntnisse für die Form des Unterrichts durchaus Berechtigung finden sollen. Damit ist eine Gewähr dafür gegeben, daß ein Rückfall in eine überwundene Art der Schulzucht ebensowenig zu befürchten ist wie ein Rückfall in die alte Paufmethode, daß vielmehr im Unterricht alle berechtigten Forderungen eines vernünftigen Arbeitsunterrichts — es gibt auch unbedeutende Forderungen eines unvernünftigen Arbeitsunterrichts — nach wie vor berücksichtigt werden sollen.

Unter dieser Voraussetzung ist der Erlaß des Reichsinnenministers warm zu begrüßen, weil er tatsächlich Wege zeigt, die wir gehen müssen, wenn wir die unter dem Einfluß parteipolitischer Schlagwörter vielfach auf Irrwege geratene deutsche Jugendberziehung wieder auf den richtigen Weg leiten wollen.

## Maßnahmen gegen den Terror

Die Reichsregierung will die öffentliche Ruhe und Ordnung durch schärfstes Vorgehen gewährleisten

Berlin, 5. August.

Unter Vorsitz des Stellvertreters des Reichskanzlers, Reichsinnenministers Freiherr von Gayl, traten die in Berlin weilenden Reichsminister zu einer Beratung zusammen, in der vor allem die Frage der Wiederherstellung der öffentlichen Ruhe und Sicherheit erörtert wurde. Auch die preußische Regierung hat sich mit dem gleichen Problem beschäftigt.

Die Reichsregierung ist übereingekommen, die bestehenden Strafbestimmungen ganz wesentlich zu verschärfen. Man hat im einzelnen grundsätzlich festgelegt, welche Schritte unternommen werden sollen.

Die Maßnahmen werden jedoch zunächst noch nicht erlassen, da man dies von der weiteren Entwicklung abhängig machen will.

### Todesstrafe — wenn nicht umgehend Ruhe wird.

Berlin. Wie die M. ergänzend erzählt, dürfte es lediglich von den Vorgängen der nächsten 18 Stunden abhängen, ob verschärfende Bestimmungen zur Bekämpfung des Terrors, die vom Reichskabinett bereits beschlossen worden sind, durch eine neue Notverordnung des Reichspräsidenten in Kraft treten sollen oder nicht. Da diese neuen Bestimmungen u. a. auch die Todesstrafe vorsehen, will man zunächst noch abwarten, ob sich diese äußerste Maßnahme nicht doch noch umgehen läßt, da sie im Falle ihres Inkrafttretens dann auch mit unverminderter Schärfe durchgeführt werden müßte. Die Aburteilungen würden vor Sondergerichten auf dem schnellsten Wege zu erfolgen haben.

### Dank an die Polizei

Reichskanzler von Papen hat an den Reichskommissar, beauftragt mit der Wahrnehmung der Geschäfte des preußischen Ministers des Innern, Dr. Bracht, das folgende Schreiben gerichtet:

### Für eilige Leser.

\* Der nationalsozialistische Reichstagsabgeordnete Hauptmann a. D. Goering hatte gestern mit dem Reichsaußenminister Freiherrn v. Neurath eine Aussprache.

\* Der sozialdemokratische Parteivorstand veröffentlicht einen Aufruf an die Partei, in dem das Ergebnis der Reichstagswahlen als ein Beweis für die Unüberwindlichkeit der Sozialdemokratie bezeichnet wird.

\* Die schweren Zusammenstöße in Altona am 17. Juli haben jetzt ein 18. Todesopfer gefordert. Der 72jährige Pensionär Emil Föhler ist im Krankenhaus an den Folgen einer Schußverletzung gestorben.

\* Das Reichskabinett beschäftigte sich gestern u. a. auch mit dem Stand der Handelsvertragsverhandlungen mit Dänemark und Holland im Hinblick auf den deutschen Butterzoll. Wie verlautet, hat sich das Reichskabinett auf neue Vorschläge geeinigt, die den Verhandlungspartnern unterbreitet werden sollen.

\* Bundeskanzler Dollfuß hat dem Reichsaußenminister Freiherrn v. Neurath das folgende Telegramm zugehen lassen: „Für die warmen Worte der Anteilnahme aus Anlaß des Ablebens des Altbundeskanzlers Dr. Seipel wollen Euer Erzelenz meinen tiefempfindenden Dank entgegennehmen.“

\* Die Telegraphen-Agentur Schimbun-Mango teilt mit, daß die mandchurische Regierung den amerikanischen Bürger George Kea zum „Beobachter“ der mandchurischen Regierung im Völkerbund ernannt habe.

„Die beispiellose Härte des Wahlkampfes hat an die Kräfte der Polizei ganz außergewöhnliche Anforderungen gestellt. Die noch nie gekannte Zahl und Größe der Wahlversammlungen, die Siedehize der Wahlleidenschaft, aber leider auch die Verjuche offenen Terrors haben alle Zweige und Dienstgrade, insbesondere auch in der Reichshauptstadt, bis zur Erschöpfung in Anspruch genommen. Leben und Gesundheit haben tapfere Beamte zum Schutz der Allgemeinheit geopfert. Allen Beteiligten, Führern und Beamten, den Dank der Reichsregierung auszusprechen, ist mir ein besonderes Bedürfnis. Ich bitte Sie, Herr Reichskommissar, diesen meinen Dank an die preußische Polizei zu übermitteln. Ich hoffe, daß der von dem Herrn Reichspräsidenten verordnete Burgfrieden der Polizei eine wohlverdiente Ruhepause bringt, gebe aber auch der Zuverlässigkeit Ausdruck, daß Ihre Warnung vor Gewalttaten und Ihre Zusicherung an die Beamenschaft, sie bei pflichtgemäßem Waffengebrauch in Schutz zu nehmen, zur Wiederherstellung geordneter Zustände im Lande beitragen werde.“

### Immer noch schwere Ausschreitungen Anschlag auf ein Amtsgericht

Von unbekanntem Täter wurde in der Nacht in Mehlaufen (Kreis Labiau, Ostpreußen) eine selbstgefertigte Brandbombe durch ein offenes Fenster des Grundbuchamtes des Amtsgerichts geschleudert. Verletzt wurde durch den Anschlag niemand, doch ist Sachschaden an der Einrichtung und den Akten entstanden.

### Brandbombenanschlag in Ortelsburg

In der Nacht wurde in das Kaufhaus Robert Neumann in Ortelsburg (Ostpreußen) aus einem vorüberfahrenden Kraftwagen eine Brandbombe geworfen. Die Auslagen gingen zu brennen an. Durch Splitter wurde auch eine Schaufensterscheibe des gegenüberliegenden Kaufhauses Mendel zertrümmert. Bisher ist ermittelt, daß der Kraftwagen von Allenstein kam und nach dem Anschlag in Richtung Jedwabno fuhr.

### Ueberfälle im Kreise Rastenburg

Wie die Königsberger Blätter melden, haben sich im Kreise Rastenburg zwei politische Ueberfälle ereignet. Auf den Besitzer Maefenb u r g aus Abbau Marienthal wurden vier scharfe Schüsse abgegeben. Auch auf den SS-Föhler M a t t e r n aus Drengfurt, der mit seinem Motorrad nach Hause fuhr, wurde geschossen. In beiden Fällen gingen die Schüsse fehl.

Zwischen zwei NSDAP-Mitgliedern und dem zur SPD. gehörenden Gypser war es auf der Straße zu politischen Auseinandersetzungen gekommen, wobei Gypser aus einem Teiching mehrere Schüsse abgab. Der Täter wurde verhaftet.

### Schüsse auf die Wohnung eines Kommunisten.

Tilfit. In der Nacht zum Donnerstag wurden auf das Haus Hindenburgstraße 33, in dem ein bekannter Kommunist wohnt, acht Pistolenschüsse abgegeben, die zum Teil die Fenster durchschlugen. Die Täter sind mit einem Kraftwagen unerkannt entkommen.

### Die Ermittlungen in Königsberg

Die Polizei in Königsberg hat das Material über die Vorfälle vom 1. August, und zwar die Brandstiftungen, der Staatsanwaltschaft übergeben. Zu den übrigen Vorfällen erfolgen immer neue Festnahmen und Verneh-